

## Bezirkslehrerausschuss in Tempelhof – Schöneberg



### **Beschluss des Bezirkslehrerausschusses am 15.06.2017:**

**Der Bezirkslehrerausschuss Tempelhof/Schöneberg lehnt die Verordnung über die Fortbildung der Lehrkräfte in der Entwurfsfassung vom 12.05.2017 ab.** Er hält deshalb auch die gleichzeitige Behandlung mit der Berufseinstiegsphase nicht für sinnvoll.

Er betrachtet diese Verordnung als überflüssig und darüber hinaus als eine enorme Mehrbelastung der Schulleitungen.

Er lehnt zentrale Fortbildungsveranstaltungen ab, bei denen das Ziel die Kontrolle der Anwesenheit (sog. Präsenz) oder die Verpflichtung zur Dienstleistung ist.

Der BLA weist in diesem Zusammenhang auf Folgendes hin:

Den Schulleitungen wird durch die geplanten Kontrollmaßnahmen ein hoher Verwaltungsaufwand aufgezwungen. Das Verhältnis zwischen diesen und dem Kollegium erhält durch mögliche Meinungsverschiedenheiten über komplizierte Antragsverfahren und die Anerkennung von Fortbildungen ein weiteres Spannungspotenzial.

Dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie überhaupt eine solche Verordnung für nötig hält, verbindet sich mit der Unterstellung, die Lehrkräfte würden sich sonst nicht fortbilden. Die Verordnung bildet zudem die Vielfalt der Fortbildung nicht ab, die für die Lehrkräfte längst zum Alltag gehört. So wird die eigenständige Nutzung von Fachmedien nicht als anerkennungswürdig eingestuft.

Diese Unterstellung weist pauschal den Lehrkräften die Verantwortung für Mangelzustände in der Berliner Bildungsqualität zu, die jedoch vor allem durch Personalnot, Sanierungsstau und schlechte Ausstattung bedingt sind.

Die Lehrkräfte sind bereits über jede zeitliche Grenze hinaus so belastet, dass bei weiteren zusätzlichen Aufgaben mit banaler Anwesenheitspflicht andere schulische Belange zwangsläufig liegenbleiben.

Nicht nur die Qualität der schulischen Bildung, auch die Attraktivität pädagogischer Berufe in Berlin wird so weiter sinken.

Der BLA fordert von der Senatsverwaltung stattdessen eine Senkung der Pflichtstundenzahl, die Abschaffung der Präsenztage und Entlastung bei nicht mit dem Unterricht verbundenen Dienstpflichten, um sinnvollen, eigenverantwortlichen Fortbildungen der Lehrkräfte Raum zu geben.

*Einstimmig angenommen*